

Artikel vom 21.08.2023

CSU KV Würzburg-Stadt

## Geriatrische Versorgung muss erhalten werden!



### **Ja zur Online Petition und Unterschriftenaktion der Seniorenvertretung der Stadt Würzburg**



In einer gemeinsamen Presseerklärung begrüßen CSU Landtagskandidatin Dr. Andrea Behr und CSU Bezirksrätin Dr. Hülya Düber die Würzburger Online-Petition der Seniorenvertretung und haben mit ihrer Unterschrift bereits ihre Unterstützung signalisiert.



Die Unterfinanzierung der Geriatrie ist ein bundesweites Problem, obwohl sich die Politik

grundsätzlich zur Geriatrie bekannt hat. Dies ist sehr bedauerlich, weil die geriatrische Versorgung ein sehr wichtiger Baustein beim Erhalt der Selbständigkeit unserer Seniorinnen und Senioren ist. „Reha geht vor Pflege“, betont Landtagsabgeordnete Dr. Behr, die in ihrem Beruf als Zahnärztin auch in Senioreneinrichtungen tätig ist. „Ich sehe mich hier auch dem politischen Erbe von Barbara Stamm verpflichtet, welche wie keine andere sich für die geriatrischen Einrichtungen eingesetzt hat. Eine Reha hilft Seniorinnen und Senioren in vielen Fällen, den Weg zurück in den Alltag zu finden. Dies ist nicht nur eine Frage von Würde und Respekt, sondern auch volkswirtschaftlich smart, denn uns fehlen Pflegeplätze und dauerhafte Pflege ist teurer als kurzzeitige Reha“, so Dr. Behr weiter.



Auch als Bezirksrätin und Sozialreferentin unterstreicht Dr. Hülya Düber diese Bedeutung. „Eine wohnortnahe Betreuung, das gewohnte Umfeld und Besuche von Verwandten unterstützen den Erfolg der Reha, die hervorragende Arbeit der AWO und des Bürgerspitals zeigen dies täglich“, so Hülya Düber. „Obgleich mir die Haushaltssystematiken bestens bekannt sind, wären wir auch bereit, brückenweise, z.B. für einen

2 Jahres Zeitraum aus den Haushalten den Betrieb zu bezuschussen, grundsätzlich müssen jedoch SPD, GRÜNE und FDP im Bund auf die autonomen Kranken- und Pflegekassen einwirken.“

„Öffentliche Haushalte sind da die falsche Adresse, wir brauchen den Druck der Ampel und der Gesellschaft, dass Kranken- und v.a. Pflegekassen ihrer Verantwortung gerecht werden und für eine ausreichende Finanzierung sorgen. Um hierfür einen zeitlichen Spielraum zu haben, setzten wir uns beide für eine Übergangsförderung auch aus den Haushalten ein“, so die beiden CSU Politikerinnen.